

Für ein Soziales Zentrum!



Kürzen, streichen, privatisieren, schließen... Das ist es, was der Politik zum Thema Soziales, Bildung und Kultur gerade noch so einfällt. Auch in Berlin wird unter dem Titel "Reform" und "Sachzwang" alles abgewickelt, was eher dem Klientel "von unten" zugute käme. Ergebnis: Die Lebensqualität der Mehrheit der Menschen verschlechtert sich weiterhin dramatisch.

Dagegen hilft nur entschlossener gemeinsamer Widerstand all derjenigen, die dem Geschehen nicht mehr tatenlos zusehen wollen!

Die Initiative für ein Berliner Sozialforum (SFB) tritt seit Frühling 2003 für eine politische Vernetzung von unten ein. Dazu müssen Kontakte geknüpft, politische Debatten geführt, Kampagnen organisiert werden und vieles mehr. Diese politische Vernetzung braucht ein Soziales Zentrum. Wir brauchen einen Ort, an dem unterschiedliche Gruppen und Betroffene sich treffen können, um zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und Aktivitäten zu planen. Es soll ein Ort sein, an dem gebeutelte Menschen - sei es erfahrener Lohnbetrug, sei es Bedrohung vom Rausschmiß, sei es das x-te Mal Erwischtsein beim Schwarzfahren, sei es die Wut gegenüber von Hartz I-IV, sei es die Bedrohung vor einer Abschiebung, ... - zusammenkommen und praktische Solidarität erleben und entwickeln können. Es geht darum, einen lebendigen politischen Ort gegen das neoliberale Einheitsdenken zu schaffen.

Seit einiger Zeit sind noch die Studierenden, die seit dem letzten Streik eine "offene Uni" betreiben, hinzu gekommen und wollen diese ebenso im "Sozialen Zentrum" integrieren wie auch die Initiative "Piquetero" ihr selbstorganisiertes Berliner Erwerbslosenzentrum.

Über zwölf Monate verhandeln wir mittlerweile mit dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg über die Nutzung einer leer stehenden ehemalige Kindertagesstätte in der Glogauerstrasse 16 als Soziales Zentrum. Wir wurden ein ums andere Mal hingehalten. Dies haben wir im Oktober 2003 nicht länger hingenommen und besetzten deshalb das seit mehr als zwei Jahren leer stehende Gebäude für einen Tag. Nun war die Bezirksregierung auf ein Mal bereit sich ernsthaft mit uns an den Tisch zu setzen. Es musste erst einmal Druck durch eine Hausbesetzung aufgebaut werden.

Das Haus ist nur eines von Hunderten von Gebäuden in öffentlicher Hand, die seit Jahren leer stehen und deren Leerstand mit öffentlichen Geldern verwaltet wird. Wir fordern entweder eine Nutzung zum Erbpachtpreis mit einer Laufzeit von 20 Jahren oder zumindest eine Nutzung zum Bewirtschaftungs- und Betriebskostenpreis für den Aufbau eines selbstorganisierten "Sozialen Zentrums".

Wir würden auch ein anderes Haus in der entsprechenden Größe nehmen, die Problemstellung ist jedoch überall die gleiche. Die Bezirksversammlung Friedrichshain-Kreuzberg beauftragte den Bezirk, ein "Soziales Zentrum" zu ermöglichen. Fakt aber ist, dass der Bezirk bisher nur bereit war, uns als ganz normale Gewerbemieter zu behandeln und verlangt 5,50 Euro pro m² plus Bewirtschaftungskosten. Es ist klar, dass sich der Senat (der den Bezirk bisher unter Druck gesetzt hatte) wie auch der Bezirk schwer tun, einer Selbstorganisation von unten Räume zur Verfügung zu stellen. Schließlich wollen wir den Protest und den Widerstand auch gegen diese organisieren und verstärken. Dennoch - wir nehmen die PDS beim Wort, wenn sie großspurig beim Europäischen Sozialforum in Paris im vergangenen Jahr ertönen liess, sie sei ein Teil der sozialen Bewegung. Wenn dem so wäre, müssten sie eigentlich auf uns zukommen und uns als Teil dieser "sozialen Bewegung" einen Ort zur Verfügung zu stellen.

Großzügig und spendabel zeigt sich der Senat bei der Unterstützung von großen Unternehmen und bei den Gehältern von noch senatseigenen Wirtschaftsunternehmen. Der Senat "schenkt" zum Beispiel der privaten Eliteuni "European School of Management and Technology" (ESMT) das ehemalige Staatsratsgebäude und beteiligt sich auch noch an den Sanierungskosten, während bei den öffentlichen Berliner Unis ganze Fachbereiche weggekürzt werden. Hunderte von Gebäude stehen leer. Und anstatt sie z. B. an soziale Kinder- und Jugendprojekte mietfrei (nur gegen Bewirtschaftungs- und Betriebskosten) abzugeben, werden immense Summen für die Aufrechterhaltung und Bewachung der menschenleeren Gebäude ausgegeben. Ein Soziales Zentrum für einen symbolischen Preis in Höhe der Betriebskosten ist möglich! Es geht um eine politische Entscheidung, für die wir kämpfen müssen und werden. Hier wird sich einmal mehr zeigen, in wessen Interesse in dieser Stadt Politik gemacht wird.

**In diesem Sinne:
Die Stadt gehört uns allen! - Für ein Soziales Zentrum!**

Berlin im Juni 2004

Kontakt:
Initiative für ein Berliner Sozialforum
www.sozialforum-berlin.de

"offene Uni"
www.selber-denken.net.ms

Erwerbslosenzentrum
www.andersarbeiten.de/Gäste